Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä58

*Antragsteller*in:* *Sonja Schiffers, Radosava Stomporowski, Holger Haugk*

Antragstext

Von Zeile 936 bis 940:

geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und ~~Moldaus~~Georgiens, sofern sie alle Beitrittskriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen und unermüdlichen Einsatz der ~~proeuropäischen~~demokratischen Kräfte in Georgien, Serbien und ~~möchten diese unterstützen~~anderen Kandidatenländern und unterstützen diese, um ~~Georgien~~den Ländern eine Zukunft in der EU zu ermöglichen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU,

Begründung

Antragsteller*innen: Sonja Schiffers, Radosava Stomporowski, Holger Haugk
Die Alleinstellung Georgiens scheint hier unangemessen, denn Georgien hat ebenso wie andere Kandidatenländer kürzlich den Beitrittsstatus erhalten und der Beitrittsprozess des Landes sollte genauso unterstützt werden wie der der anderen Kandidaten. Leider gibt es nicht nur in Georgien Herausforderungen für die Demokratie und prorussische Tendenzen, auch Serbien ist hier zu nennen, aber die politische Lage ist in vielen Kandidatenländern volatil. In Georgien sind diese Tendenzen jedoch noch nicht festgefahren sondern werden aktuell auf der Straße und im ganzen Land verhandelt. Georgien separat zu erwähnen hatte möglicherweise zum Ziel, den aktuellen Kampf für die Demokratie und Europäische Integration hervorzuheben, kann jedoch eher gegenteilig wirken, nämlich dass Georgiens Beitrittsprozess in den Kontext des gescheiterten Beitrittsprozesses der Türkei verglichen wird, was ein zu frühes Urteil wäre und nicht die richtigen Anreize für die georgischen Demokrat*innen setzen würde.
"Proeuropäisch" wird durch "demokratisch" ersetzt, um zu betonen, dass es wirklich um demokratische Kräfte gehen muss, die EU-Werte teilen, und nicht um die Integration rein aus geopolitischen oder wirtschaftlichen Gründen.